

# Analyse von Wurstprodukten auf ESBL-Keime

Im Auftrag von Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg

Stand: 28. August 2014

## Testergebnisse und Hintergrundinformationen

### Was haben wir getestet?

Zwischen dem 8. und dem 18. August 2014 wurden in 18 Brandenburger Städten verschiedene Mettwurstprodukte in Discountern, Supermärkten und Fleischereien erworben. Insgesamt wurden 25 Proben in einem zertifizierten Labor auf ESBL-Keime untersucht.

Untersucht wurden Proben aus den **folgenden Städten**:

Templin, Schwedt/Oder, Eberswalde, Bernau, Glienicke/Nordbahn, Hohen Neuendorf, Neuruppin, Wittenberge, Falkensee, Rathenow, Brandenburg/Havel, Potsdam, Blankenfelde-Mahlow, Königs Wusterhausen, Strausberg, Frankfurt (Oder), Cottbus, Elsterwerda.

**Mettwurst** gehört zu den sogenannten Rohwurstsorten, die bei der Herstellung weder erhitzt noch gebrüht werden. Mettwurst wird typischerweise als Aufschnitt oder Brotbelag verwendet.

### Ergebnisse

Von **25 Proben** (verschiedene Mettwurstprodukte) wurden auf **15 Produkten** ESBL-Keime nachgewiesen. Das entspricht einer Quote von **60 Prozent positiv getesteten Produkten**.

Städte	Wo gekauft	Produktart	ESBL nachgewiesen
Templin	Discounter	Schinkenmettwurst (Schwein)	ja
Schwedt/Oder	Discounter	Schinkenmett (Schwein)	nein
Eberswalde	Discounter Discounter	Grobe Mettwurst (Schwein) Vespermett (Schwein)	Ja nein
Bernau	Supermarkt	Zwiebelmettwurst (Schwein)	ja
Glienicke/Nordbahn	Discounter Discounter	Puten-Zwiebel-Mettwurst Schinken-Zwiebel-Mettwurst	ja ja
Hohen Neuendorf	Supermarkt	Schinken-Vesper-Mettwurst (Schwein)	ja
Neuruppin	Discounter	Schinken-Zwiebel-Mettwurst (Schwein)	nein
Wittenberge	Discounter	Mettwurst (Schwein)	nein
Falkensee	Supermarkt Discounter	Grobe Mettwurst (Schwein) Zwiebelmett (Schwein)	ja ja
Rathenow	Fleischerei	Schweinemetnbrötchen	ja
Brandenburg/Havel	Supermarkt Supermarkt	Mettwurst (Putenfleisch) Mettwurst (Schwein)	ja nein
Potsdam	Supermarkt Fleischerei	Zwiebelmettwurst Mettbrötchen (Schwein)	nein ja
Blankenfelde-Mahlow	Supermarkt	Schweinemett	ja
Königs Wusterhausen	Supermarkt	Mett von der Frischetheke (Schwein)	nein
Strausberg	Supermarkt	Schweinemett	ja
Frankfurt (Oder)	Discounter Supermarkt	Zwiebelmettwurst (Schwein) Schweinemett frisch	Ja nein

Cottbus	Supermarkt Supermarkt	Schweinemetts Frischetheke Putenmetts abgepackt	ja nein
Elsterwerda	Supermarkt	Schweinemetts	nein

### Hintergrund

Schätzungsweise 30.000 Menschen sterben jährlich in der Bundesrepublik, weil sie nicht mehr vollständig auf die Behandlung mit Antibiotika ansprechen. Die Übertragung von ESBL-Keimen auf den Menschen über Lebensmittel aus der Nutztierhaltung verstärkt diese Problematik und damit auch die zunehmende Unwirksamkeit von antibiotischen Medikamenten.

In Fleisch- und Wurstwaren tauchen die antibiotikaresistenten Keime auf, weil mittlerweile viele Tiere in den großen Mastställen damit infiziert sind. **Ursache ist der massive und häufig unsachgemäße Einsatz von Antibiotika in der Massentierhaltung.**

### Grüne Forderungen zur nachhaltigen Verringerung des Antibiotika-Missbrauchs

- Die Agrarförderpolitik von Rot-Rot, die den Ausbau der für Tier und Mensch ungesunden durchrationalisierten Massentierhaltung finanziell unterstützt, muss gestoppt werden. Geld soll zukünftig nur an Betriebe fließen, die sich einer besonders tiergerechten Landwirtschaft verpflichten.
- Die arzneimittelrechtlichen Kontrollen der Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsämter in Brandenburg sind absolut unzureichend. Bei der jährlichen Überwachung werden 80 bis 90 Prozent der Risikobetriebe - die also besonders viele Tiere halten - gar nicht kontrolliert. Wir fordern einen deutlichen Ausbau unangekündigter arzneimittelrechtlicher Kontrollen durch die Veterinärämter.
- Antibiotikaeinsätze durch die Tierhalter muss lückenlos dokumentiert und systematisch über eine staatliche Datenbank zusammengetragen und ausgewertet werden.
- Mengenrabatte für Antibiotika gehören abgeschafft – weder für Tierärzte, noch für Landwirte –, denn gerade der gerade im massenhaften Einsatz liegt das Problem. Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg fordern die Bundesregierung auf, die Rahmenbedingungen für Festpreise zu schaffen.